

vpod gegen die Privatisierungswelle bei den Zürcher Spitälern Spitäler gehören der Bevölkerung

Die Delegierten des vpod Zürich haben an ihrer Jahresversammlung vom 27. Mai 2013 beschlossen, sich gegen weitere Privatisierungen von Zürcher Spitälern zur Wehr zu setzen. Einstimmig nahmen die Delegierten den Antrag an, die geplante Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur mit einem Referendum zu bekämpfen und sich gegen die Privatisierung des Spitals Affoltern einzusetzen.

«Sicher und gut – statt privat und profitorientiert: vpod Zürich sagt Nein zu weiteren Spitalprivatisierungen im Kanton Zürich»: Unter diesem Titel verabschiedeten die Delegierten einstimmig auch folgende Resolution:

«Der vpod Zürich ist besorgt über die Privatisierungsprojekte, mit denen die öffentlichen Spitäler im Kanton Zürich zunehmend konfrontiert sind. Aktuell laufen Vorbereitungen für die Privatisierung der Spitäler Affoltern und Bülach sowie des Kantonsspitals Winterthur.

Um die Privatisierung zu verharmlosen, sollen wie im Bezirk Affoltern die Gemeinden als Aktionäre auftreten. Aber wie lange wird es dauern, bis die ersten Gemeinden ihre Aktien am Volk vorbei verkaufen und private Investoren in unsere Spitäler einsteigen, die bald auf eine Rendite drängen? Konzerne wie Hirslanden, Genolier, Ameos, Fresenius oder Rhön stehen in den Startlöchern für die Übernahme der öffentlichen Spitäler in der Schweiz.

Der vpod wehrt sich dagegen, dass mit der Gesundheit der Menschen Geschäfte gemacht werden. Es gilt deshalb zu verhindern, dass mit Privatisierungen die Türen geöffnet werden, durch die private Investoren in unsere Spitäler eindringen können. Für sie stehen nicht das Gemeinwohl und die Patient/innen im Zentrum, für sie geht es primär ums Geschäft und um die Rendite. Wenn Spitäler Gewinne machen, dann sollen diese für die Patient/innen eingesetzt und in gute Arbeitsbedingungen investiert werden – und nicht in die Taschen privater Investoren fließen.

Der vpod ruft die Bevölkerung auf, nicht aus den Händen zu geben, was ihr gehört, was sie finanziert und worauf sie dringend angewiesen ist. Die Gesundheitsversorgung gehört zu den wichtigsten öffentlichen Aufgaben. Es ist eine lebenswichtige Aufgabe. Sie gehört deshalb weiterhin in die öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle. Die Privatisierungen zielen darauf, die demokratische Einflussnahme der Bevölkerung auf ihre Spitäler auszuschalten: Sie soll die Spitäler weiterhin über Steuern und Krankenkassenprämien finanzieren, aber nicht mehr mitreden dürfen. Die Bevölkerung muss auch den Preis bezahlen, wenn die Privatisierungsexperimente scheitern. Dazu sagt der vpod klar Nein.

Der vpod setzt sich für sichere und gute Spitäler für alle ein – und lehnt Profitdenken und Gewinnorientierung in der Gesundheitsversorgung dezidiert ab. Der vpod Zürich wird sich deshalb engagiert gegen die drohenden Spitalprivatisierungen einsetzen.»

Hoffen wir, dass die Privatisierungsturbos diese klare Botschaft der vpod-Basis hören. Sie ist entschlossen, sich gegen den schleichenden Ausverkauf unserer Spitäler einzusetzen. Brigitte Gügler

Weitere Informationen unter www.vpod-zh.ch → Branchen & Bereiche → Gesundheitsbereich

Privatisierungsprojekt Spital Affoltern

Unseriöse Übung: Jetzt abrechnen!

Der Präsident der Betriebskommission des Spitals Affoltern und der Projektleiter präsentierten am 12. Juni das Ergebnis der Vernehmlassung über das Privatisierungsprojekt des Spitals Affoltern. Anstatt anzuerkennen, dass ihr Projekt Schiffbruch erlitten hat, wollen sie die Vorlage im Schnellzugtempo anpassen. Das ist unseriös. Die Privatisierungsübung sollte jetzt abgebrochen werden.

Eine Vernehmlassung zum Privatisierungsprojekt war gar nicht geplant, sondern wurde erst auf Verlangen der SP durchgeführt. Als dies zeigte, dass das mit teuren Beratern erarbeitete Projekt von links bis rechts keine Akzeptanz findet, präsentierten der Präsident der Betriebskommission, Thomas Jucker, und der Projektleiter Bertram Thurnherr einen Monat nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist ein ganz neues Privatisierungsprojekt: Statt zwei

soll nur eine Aktiengesellschaft gebildet werden, die Beteiligung Dritter soll erschwert und die demokratische Mitsprache soll verbessert werden. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn Vernehmlassungsantworten berücksichtigt werden. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Hier geht es aber nicht um leichte Korrekturen an einer Vorlage. Hier wird innert Monatsfrist ein ganz neues Projekt auf den Tisch gelegt, weil das vorgeschlagene offensichtlich nicht mehrheitsfähig ist. Zum neuen Projekt gibt es keine Vernehmlassung mehr, sondern die Delegierten des Zweckverbands sollen am 4. Juli darüber entscheiden, ob sie dieses neue Projekt dem Volk zur Abstimmung vorlegen sollen. Das ist unseriös. Die Vernehmlassung hat gezeigt: Das Privatisierungsprojekt hat Schiffbruch erlitten und muss abgebrochen werden.

Brigitte Gügler

Stadt Winterthur

Für Winterthur statt Sparen

An seiner Medienkonferenz vom 28. Mai hat sich das Komitee «Für Winterthur statt Sparen», bestehend aus vpod, SP, Juso, Grüne, Alternative Liste und Gewerkschaftsbund, zum Sparpaket Effort14+ geäußert. Die 1. Tranche des Sparpaketes Effort14+ ist bekannt, und wir stellen fest, dass die Sparaufträge sehr einseitig verteilt wurden. Es trifft das Personal, die sozial Schwachen und vor allem die Bereiche Alter und Pflege sowie Schule und Sport.

Weiter verzichtet die Stadt bisher darauf, einen Ausgleich zwischen der Verminderung der Ausgaben und der Steigerung der Einnahmen zu schaffen. Das Komitee hat als Antwort auf diese Sparmassnahmen 7 Forderungen formuliert.

mit fehlenden Ressourcen zu kämpfen. Ein weiterer Abbau beim Pflegepersonal ist nicht tolerierbar.

Die Stadt muss weiterhin die Chancengleichheit und die kulturelle Vielfalt schützen. Ein Abbau in diesem Bereich hat höchstens einen minimalen Spareffekt, schafft aber auf lange Frist Mehrausgaben.

Submissionen müssen, wo immer möglich, lokal bleiben, um die lokalen KMU zu schützen, die Arbeitsplätze schaffen bzw. erhalten und Steuern bezahlen.

Auf unsoziale Gebührenerhöhungen verzichten und stattdessen mit einer massvollen Steuererhöhung ein Gleichgewicht schaffen zwischen Einnahmen und Ausgaben. Eine massvolle



Foto: Stadt Winterthur

Das Komitee «Winterthur statt Sparen» fordert den Stadtrat auf, sich für einen starken Service public einzusetzen.

Es darf keinen Abbau beim Personal geben. Das Personal trägt mit dem Verzicht auf Lohnmassnahmen, der Sanierung der Pensionskasse, dem Fokus usw. bereits genug. Der gute Service public ist eine Stärke der Stadt Winterthur, macht die Stadt attraktiv und sorgt für soziale Sicherheit. Ein solcher Abbau beim Personal schadet der Stadt Winterthur als Arbeitgeberin und damit auch dem Service public. Der Bereich Alter und Pflege hat bereits jetzt

Steuererhöhung von 5% bedeutet für eine Mittelstandsfamilie eine jährliche Mehrbelastung von nur gerade einem Viertel der Steuererleichterungen aus den letzten 10 Jahren.

Bei anstehenden Investitionen gilt es zu prüfen, ob sie tatsächlich notwendig sind bzw. ob sie aufgeschoben werden können. Georg Munz

Weitere Informationen unter www.vpod-zh.ch → Winterthur

Stadt Zürich: «ewz bleibt öffentlich»

Unpopuläre Ausgliederungen

Die St. Galler Verkehrsbetriebe (VBSG) bleiben eine Dienstabteilung der Stadtverwaltung. Zwei Drittel der Stimmbevölkerung hat am 9. Juni die Überführung in zwei öffentlich-rechtliche Aktiengesellschaften verworfen – trotz des Werbens der bürgerlichen Parteien und mit dem Widerstand der im vpod organisierten Angestellten.

Auch in Zürich stehen Ausgliederungen immer wieder auf der Agenda. Vor drei Jahren wurde die Stadtküche aus der Stadtverwaltung entlassen, kürzlich hat der Gemeinderat der Ausgliederung der über 100-jährigen Institution «Wohn- und Werkheim Werd» zugestimmt.

Derzeit wird auch das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich ewz umgebaut – die Geschäftsleitung wurde ausgebaut und soll mit grösseren Kompetenzen ausgestattet werden. Gleichzeitig sind rund ein Drittel der Angestellten nur noch befristet angestellt. Die übergeordneten gesetzlichen Rahmenbedingungen sind noch unklar. Im Zusammenhang mit den bilateralen Verträgen und der zu befürchtenden «automa-

tischen» Übernahme der EU-Rechtsprechung werden Befürchtungen laut: Es ist fraglich, wie sich der Stadtrat bezüglich der Rechtsform des ewz positionieren wird. Insider gehen davon aus, dass der zuständige Stadtrat mindestens eine teilweise Ausgliederung des ewz (Bereiche, in denen hohe Investitionen anstehen) aus der Stadtverwaltung vorschlagen könnte. Wegen der anstehenden Wahlen wird er dies aber kaum vor Mitte 2014 tun.

Der vpod Zürich vertritt die Zielsetzung «ewz bleibt öffentlich» und will nun frühzeitig die Grundlagen dazu erarbeiten, dass das ewz eine Dienstabteilung der Stadt Zürich bleibt. Klar scheint derzeit einzig, dass die hohen Investitionen in der Energiepolitik in grossen Teilen durch die Öffentlichkeit getragen werden müssen. Aus diesem Grund sind die Parlamentarier der Stadt Zürich gut beraten, die kritische Stimmung in der Bevölkerung wahrzunehmen und sich gegen eine Überführung des ewz in eine öffentlich-rechtliche Anstalt zu stellen. Duri Beer

Agenda

Dienstag, 9. Juli, 17.30–19.30 Uhr
Spitex-Stamm
Austausch für Spitexangestellte
vpod-Sekretariat, Zürich

Donnerstag, 22. August, 19.30 Uhr
GBKZ-Delegiertenversammlung
Volkshaus Zürich

Freitag, 23. August, 9–17.30 Uhr
Umgang mit schwierigen
Fahrgästen in Bus und Tram
vpod-Kurs
vpod-Sekretariat, Zürich

Mittwoch, 28. August, 9–17 Uhr
Meine Arbeit in der
Personalkommission
vpod-Kurs
vpod-Sekretariat, Zürich

Dienstag, 24. September, 19 Uhr
Errungenschaften unter Druck
Veranstaltungsreihe der Gruppe
Sozialbereich
vpod-Sekretariat, Zürich

Sonntag, 29. September, ab 9 Uhr
Lauf gegen Rassismus
Bäckeranlage Zürich
www.laufgegenrassismus.ch

Informationen über Veranstaltungen und Versammlungen sind auch abrufbar unter:
www.vpod-zh.ch → Agenda

Hinweis:
Öffnungszeiten des Regionalsekretariats während den Schulsommerferien vom 15. Juli

bis zum 16. August 2013
Montag bis Donnerstag:
9 bis 12 Uhr und 14 bis 16 Uhr
Freitag: 9 bis 12 Uhr,
Nachmittag geschlossen
Ab Montag, 19. August,
gelten wieder die regulären
Öffnungszeiten.

Wechsel in der administrativen Leitung

Silvia Carsana folgt auf Gabriela Schmid

Mit Silvia Carsana hat ein bekanntes Gesicht die Nachfolge von Gabriela Schmid als Leiterin der Administration angetreten. Seit dem 1. April 2013 ist sie zurück beim vpod Zürich.

Vor acht Jahren war Silvia schon in der Administration tätig. Anschliessend hat sie sich dem Germanistik-Studium zu- und vom vpod abgewandt. Während ihres Studiums arbeitete sie im Gesundheits- und Umweltdepartement der Stadt Zürich und in der Radioschule Klipp+Klang. Als Vollblut-Gewerkschafterin war sie in dieser Zeit als Basismitglied im vpod aktiv. Unter anderem arbeitete sie im Vorstand der Gruppe Verwaltung mit. Jetzt hat sie die Nachfolge von Gabriela Schmid als Leiterin der Administration angetreten und arbeitet wieder tatkräftig und mit Herzblut mit. Herzlich willkommen Silvia!



Silvia Carsana hat die administrative Leitung von Gabriela Schmid übernommen.

Gabriela Schmid hat nach über drei Jahren die Administration des vpod Zürich verlassen. Sie trat ihre Stelle im September 2009 an und arbeitete als administrative Mitarbeiterin. Ihr grosses Engagement für die administrativen Belange führte dazu, dass sie in unserem oft hektischen Betrieb die Leitung der Administration übernahm. Während dieser Zeit wurde sie immer wieder mit personellen Ausfällen und Veränderungen konfrontiert und hat diese Herausforderung bestens gemeistert. Leider hat sie sich nun entschieden, ihren beruflichen Weg anderswo fortzusetzen. Tschau Gabriela und herzlichen Dank!

Canan Taktak

12. Lauf gegen Rassismus

Dieses Jahr findet bereits die zwölfte Ausgabe des Laufs gegen Rassismus statt. Laufe gemeinsam mit deinen Kolleginnen und Kollegen des vpod und unterstütze die Arbeit von SPAZ (Sans-Papiers Anlaufstelle), SHA (Schweizerisches Arbeiterhilfswerk) und Autonome Schule Zürich gegen den Rassismus und für die Rechte der Migrantinnen und Migranten in der Schweiz. Weitere Informationen zur vpod-Laufgruppe folgen frühzeitig.

**Sonntag, 29. September 2013
Ab 10 Uhr
Rund um die Bäckeranlage, Zürich**

Weitere Informationen unter:
www.laufgegenrassismus.ch oder
georg.munz@vpod-zh.ch

Bildungsinitiative Zürich

Recht auf Bildung verwirklichen

Laut Schätzungen des Beobachters kostet ein Kind seine Eltern bis es zwanzig ist im Schnitt 1100 Franken pro Monat. Bei tiefen Löhnen fallen die Ausbildungskosten für Kinder stark ins Gewicht.

Zum Glück ist der Besuch der Volksschule in der ganzen Schweiz unentgeltlich. Bei den Zürcher Mittelschulen allerdings gab es bis 1959 noch Gebühren, und Bildungsdirektor Buschor scheiterte 1997 mit dem Versuch, die

se wieder einzuführen. Heute drohen an Universität und Fachhochschule zum Teil massive Gebührenerhöhungen. Um dieser Tendenz der Selektion über das Portemonnaie einen Riegel zu schieben, sammeln Linke und studentische Kreise sowie der vpod Unterschriften für die Bildungsinitiative Zürich (BIZH).

Die Initiative schlägt vor, in der Zürcher Verfassung zu verankern, dass der Besuch der öffentlichen Bildungseinrichtungen für Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Zürich kostenlos ist. Damit kann das Recht auf Bildung für alle, entsprechend ihren Talenten und unabhängig davon, ob arm oder reich, im Kanton Zürich endlich verwirklicht werden.

Der vpod setzt sich seit Jahrzehnten für das Recht auf Bildung ein, darum unterstützt er die Initiative «Für öffentliche Bildung» mit Überzeugung und ruft seine Mitglieder auf, die Initiative zu unterzeichnen. Unterschriftenkarte beiliegend.

Julia Gerber Rüegg

Weitere Informationen unter www.bizh.ch.

Spitex Stadt Zürich

Vorschlag vorgelegt

Der vpod ist an das Einigungsamt gelangt, weil die Spitex Zürich die Zusammenarbeitsvereinbarung mit dem vpod per Ende 2012 gekündigt hat. Das Einigungsamt hat die Befragung nun abgeschlossen und hat einen Vermittlungsvorschlag den beteiligten Parteien zugestellt. Diese haben nun die Gelegenheit, innert 30 Tagen Stellung zu nehmen.

Rückblick: Die Spitex Limmat gründete für ihr bisheriges Geschäft eine Betriebs-AG und beabsichtigte, danach weitere AGs zu gründen. Das jetzige Arbeitsreglement sollte in diesen neuen AGs nicht mehr angewandt werden. Der vpod forderte deshalb einen GAV mit den beiden Stadtzürcher Spitex-Vereinen Limmat und Sihl für alle bestehenden und künftigen Betriebs-AGs. Die Spitex-Vereine wollten auf dieses Begehren nicht eingehen und fanden das Vorgehen des vpod zu forsch, obwohl bei zwei gut besuchten Personalversammlungen die Mitarbeitenden die Forderung des vpod unterstützten. In der Folge wurde die Zusammenarbeit mit dem vpod gekündigt.

Deshalb hat sich der vpod an das Einigungsamt gewandt mit dem Begehren, wieder als Sozialpartner der Spitex Zürich zugelassen zu werden. Das Einigungsamt hat an zwei Sitzungen die Parteien befragt und hat nun einen Vermittlungsvorschlag vorgelegt. Nun haben die Parteien innert 30 Tagen zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen.

Canan Taktak

Lohnleichheit für Pflegenden wird verweigert

Skandalöse Rechtsverzögerung

Am 1. Juli 2010 reichte Rechtsanwältin Bibiane Egg im Auftrag des vpod bei der Gesundheitsdirektion einen Rekurs gegen die diskriminierende Lohnreihung von Pflegenden in der Integrierten Psychiatrie Winterthur (ipw) ein. Bis heute wird die Bearbeitung des Rekurses durch die Gesundheitsdirektion (GD) verschleppt.

Bereits im Jahr 2008 verlangte der vpod, dass die ipw die Lohnreihung der Pflegenden des Kriseninterventionszentrums (KIZ) um eine Lohnklasse erhöht und damit die erfolgreiche Lohnklage des vpod für die Pflegenden des KIZ der Psychiatrischen Universitätsklinik (PUK) umsetzt. Obwohl die ipw wie die PUK ein kantonaler Betrieb ist und sich die Anforderungen an die Pflegenden in beiden KIZ nicht wesentlich unterscheiden, verweigerte die ipw die Umsetzung des Gerichtsurteils. Im Frühling 2009 forderte der vpod die Mitarbeitenden auf, die Verjährung ihrer Lohnansprüche mit einer Betreibung zu unterbrechen, und Rechtsanwältin Egg wurde in der Angelegenheit mandatiert. Nachdem auch ihre Interventionen in der ipw wirkungslos blieben, verlangte sie eine anfechtbare Verfügung, gegen die sie mit Eingabe vom 1. Juli 2010 bei der GD Rekurs einreichte. Der Eingabe folgte zwar ein Schriftwechsel, doch bis heute liegt kein Entscheid

der GD auf dem Tisch. Seit bald 6 Jahren arbeiten die Pflegenden im KIZ der ipw zu einem tieferen Lohn als ihre Kolleg/innen im KIZ der PUK – und dies nur, weil die GD die Bearbeitung des Rekurses verschleppt. Das ist skandalös. Der vpod prüft, ob er mit einer Beschwerde wegen Rechtsverzögerung/-verweigerung dagegen vorgehen wird.

Brigitte Gügler

Herzliche Gratulation!

vpod-Wahlerfolg an der Uni Zürich

Die Universität Zürich (UZH) ist nicht für besonders basisdemokratische Strukturen bekannt; insbesondere das «Bodenpersonal», das für administrative und technische Aufgaben zuständig ist («ATP»), hat kein Mitbestimmungsrecht, das diesen Namen verdienen würde.

Immerhin hat dieses ATP mit je zwei Vertreter/innen Einsitz in der Personalkommission und – dort allerdings ohne Stimmrecht – in der erweiterten Universitätsleitung. Erstmals wurde 2013 auch der Einsitz in den Senat (17 Sitze ohne Stimmrecht in der Vollversammlung der Professorenschaft), in die Kommission Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz (2 Sitze) und in den Disziplinarausschuss (1 Sitz) gewährt.

Im April fanden die postalisch durchgeführten Wahlen für alle diese Ämter statt. Da für die Wahl ein einfaches Majorzverfahren gilt, gab es keine Wahllisten oder «Parteistimmen». Trotzdem waren es zwei Organisationen, die in ihren Kreisen nach Kandidaturen suchten: der VIP (Verein Infrastrukturpersonal der UZH) und die Gruppe Universität des vpod. Diese zwei Organisationen verstehen sich nicht als Konkurrenz, sondern nehmen als «Standesorganisation» beziehungsweise als Gewerkschaft, die auch andere Personalgruppen vertritt, unterschiedliche Aufgaben wahr und arbeiten bei übereinstimmenden Interessen zusammen.

Alle kandidierenden vpod-Mitglieder wurden klar gewählt, nehmen rund die Hälfte aller Sitze ein und führen in vier der fünf Gremien die Rangliste der Gewählten an. Herzliche Gratulation!

Hans Rudolf Schelling

Präsident vpod-Gruppe Universität

24-h-Betreuung in Privathaushalten

vpod engagiert für Pflege-Migrantinnen

Das Frauenforum vpod Zürich lud am 14. Juni – am Tag des Frauenstreiks – zur Vorpremiere des Dokumentarfilms «Hilfe aus dem Osten – Pflege-Migrantinnen in der Schweiz» ein. Die Worte von Bozena Domanska, einer der drei im Film porträtierten Frauen, machten den Anlass noch eindrücklicher. Auf den 1. Oktober ist eine Folgeveranstaltung geplant.



Foto: vpod Zürich

Der vpod setzt sich für faire Arbeitsbedingungen der Betreuerinnen in Privathaushalten ein.

Im Film von Béla Batthyany, der erstmals am 20. Juni im Schweizer Fernsehen gezeigt wurde, werden drei 24-h-Betreuerinnen porträtiert; darunter die Polin Bozena Domanska, die sich im vpod Basel für faire Arbeitsbedingungen der Betreuerinnen in Privathaushalten engagiert. Der Film gibt Einblick in die Herausforderungen und Widersprüche, in das Spannungsfeld zwischen den betreuten Senior/innen in der Schweiz und den im Heimatland zurückgebliebenen Familien, mit dem die drei Frauen konfrontiert sind. Er zeigt auch

auf, dass 24-h-Betreuerinnen in Privathaushalten oftmals mit unzumutbaren Arbeitsbedingungen konfrontiert sind: Abhängigkeit, Verfügbarkeit rund um die Uhr, keine wirkliche Freizeit, kaum Privatsphäre, soziale Isolation – und das alles bei einem Lohn, mit dem ein Leben in der Schweiz nicht möglich ist.

Der vpod wehrt sich in Basel mit einer Lohnklage für die Rechte einer 24-h-Betreuerin. Am 13. Juni gründeten beim vpod organisierte Care-Migrantinnen und Angestellte in Privathaushalten das Netzwerk RESPEKT@vpod. Dieses Engagement des vpod mit und für Care-Migrantinnen wird an der auf den 1. Oktober geplanten Folgeveranstaltung ein Thema sein.

Brigitte Gügler

Horte Stadt Zürich

Hortpersonal fordert mehr Qualität

An der vom vpod organisierten öffentlichen Veranstaltung vom 23. Mai 2013 forderten über 100 Personen mehr Qualität in den städtischen Horten. Sie machten die Bevölkerung auf den drohenden Qualitätsabbau aufmerksam, indem sie von ihrem Alltag berichteten und Flyer verteilten.

Viele Mitarbeitende der Horte, aber auch Eltern nahmen an dieser Veranstaltung teil. Es ging darum, dass sie die Besorgnis über den stetigen Abbau der Qualität kundtaten. Denn, bevor die personellen, räumlichen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen, wird der Ausbau der Betreuungsplätze in einem enormen Tempo vorgenommen. Das bedeutet, dass immer mehr Kinder in den gleichen Räumlichkeiten betreut werden müssen. Es entstehen Horte mit bis zu 150 Kindern. Mehr Lärm, mehr Hektik, weniger Überblick, weniger Konstanz und weniger Betreuung der Kinder sind die Konsequenzen davon.



Foto: vpod Zürich

Am «Hort-Zmorge» vom 23. Mai machten Hortpersonal und Eltern auf den drohenden Qualitätsabbau aufmerksam.

Das Hortpersonal arbeitet immer noch sehr motiviert, hat aber grosse Bedenken, dass in den Horten die professionelle, sozialpädagogische Arbeit immer mehr unter Druck gerät. Deshalb fordert das Hortpersonal, dass das Schulamt den Ausbau umsichtig und mit den nötigen Ressourcen umsetzt, damit die Qualität erhalten bleibt.

Besorgte Eltern haben an diesem Anlass teilgenommen, weil sie diesen Qualitätsabbau bei ihren Kindern hautnah miterleben. Eine Mutter erzählte, dass ihre Kinder am Abend «fix und fertig» seien, teilweise sogar aggressiv, seit die Betreuungsplätze fast verdoppelt wurden. Es ist nun sehr wichtig, dass sich Eltern in ihrer Kreisschulpflege oder im Schulamt melden und ihre Bedenken direkt deponieren.

Canan Taktak

Als Mitglied des vpod günstiger ins Theater

Jetzt die MemberCard bestellen für die Spielzeit 2013/14 des Schauspielhauses Zürich zum Preis von Fr. 10.–.

Anmeldung unter:
info@vpod-zh.ch oder www.schauspielunion.ch
Anmeldeschluss: 30. Juli 2013